# Die Edelweißpiraten: proletarische Jugendkultur gegen den Hitler-Faschismus

*Von Yorick F., Mai 2023*

Heute ist der Tag der Befreiung, der 78. Jahrestag der Bedingungslosen Kapitulation des Faschistischen Deutschlands und damit des Endes des 2. Weltkriegs in Europa. Dieser Tag hat auch heute noch zurecht eine deutliche Symbolkraft, als Tag zur Erinnerung an die Befreiung Deutschlands vom Faschismus durch die Alliierten, allen voran der Roten Armee, zeigt er auf wie wichtig konsequenter Antifaschismus ist. Zumindest sollte man dies meinen, oder zumindest erwarten; die heutige vor allem Westlich geprägte Erinnerungskultur zeichnet jedoch ein anderes Bild. Denn um sich am 8. Mai glaubhaft Antifaschistisch zu präsentieren braucht es die Besinnung auf antifaschistischen Widerstand in Deutschland, nicht nur zeigten diese mutigen Widerstandskämpfer_Innen eine bedingungslose Entschlossenheit welche für uns heute noch beispielhaft sein sollte, sie zeigen auch auf welchen Charakter Antifaschismus haben muss.

## Wer waren die Edelweißpiraten?

Die Edelweißpiraten, zu deren Umfeld die Gestapo um die 3000 Jugendliche zählte, setzten sich zunächst zusammen aus unangepassten Jugendlichen, welche aktiv nicht in die Hitlerjugend eintraten. Diese hatten erst einmal keine geeinten ideologischen Hintergründe, waren aber fast ausschließlich proletarische Jugendliche. Ihren Namen gaben sie sich nach einem Schmähbegriff der Gestapo für Unangepasste Jugendliche der 1936 verbotenen bündischen Jugend, welche u.a. Edelweißblüten als Erkennungssymbol trugen. Das Edelweiß symbolisierte zusätzlich die Naturverbundenheit vor allem in der Anfangszeit, als die Edelweißpiraten eine noch recht lose Gruppe waren die vor allem einen Ausweg und Freiräume im faschistischen Staat suchten und regelmäßig Ausflüge in die

Umliegende Natur, in Wälder und an Seen unternahmen.

Als Gruppe aus proletarischen Jugendlichen abseits der Kontrolle durch HJ oder BDM wurden die Edelweißpiraten schnell von der Gestapo als Gefahr angesehen. Immer wieder gab es angriffe durch die HJ auf Fahrten der Gruppe. Die ständigen Angriffe der HJ sowie der Gestapo, die Hintergründe einiger Mitglieder welche im Rotfrontkämpferbund oder der SPD nahen Naturfreundejugend organisiert waren sowie der Kontakt zu Widerstandskämpfer_Innen und Sozialist_Innen im Exil in Paris, welcher durch Michael Jovi zustande kam welcher auch eine gemeinsame Fahrt nach Paris organisierte, gaben den Edelweißpiraten recht schnell eine klare politische Haltung: klar Antifaschistisch mit der HJ als expliziteres Feindbild und deutlich sozialistisch geprägt. Zunächst drückte sich dies vor allem durch auf den Ausflügen gesungene Lieder aus, welche häufig aus dem Repertoire der Bündischen Jugend stammten. Diese wurden umgedichtet und bekamen einen politischen Charakter, man traf sich zwar weiterhin in der Natur, jedoch zunehmend geheimer aus Angst vor noch stärkerer Verfolgung.

## Widerstand gegen den Hitler-Faschismus

Recht schnell sahen einige Edelweißpaten die Notwendigkeit, aktiv Widerstand gegen den Faschismus zu leisten, auch wenn dies bedeutete sein eigenes Leben aufs Spiel zu setzen. Neben gezielten Überfällen auf HJ Streifendienste, stahlen die Edelweißpiraten, welche zu Großteilen durch die Repression des faschistischen Staates keinen gesicherten Zugang zu Lebensmitteln hatten, regelmäßig Große Mengen an Lebensmitteln, welche zu großen Teilen etwa über Zäune oder vergitterte Fenster zu vor allem Sowjetischen und Jüdischen gefangenen geschmuggelt wurden. Auch wurden geflohene Kriegsgefangene und Jüd_Innen in zumeist heimlich bewohnten Wohnungen versteckt und mitversorgt. Mehrere Gruppen der Edelweißpiraten, welche vor allem im Rheinland und im Ruhrgebiet aktiv waren, verteilten auch Flugblätter und schrieben antifaschistische Parolen an Gebäude und Güterzüge.

Eine der Bekanntesten Gruppen aus Edelweißpiraten war die sog.

Ehrenfelder Gruppe in Köln. Diese traf sich in einem verlassenen Bunker, welcher schnell zur Anlaufstelle für im Untergrund Lebende Jüd_Innen, Kriegsgefangene und Antifaschist_Innen wurde. Sie lagerten auch Waffen und verübten einzelne Anschläge, etwa am 20.04.1944 an den Gleisen eines Güterzuges, welcher entgleiste und die wichtige Industriestrecke mehrere Tage lahmlegte. Sie lieferten sich zudem Regelmäßig Schießereien mit Nazis. Viele Edelweißpiraten wurden gefangengenommen. Auch viele Mitglieder der Ehrenfelder Gruppe, bei einem Überfall auf ein Munitionsdepot um einen geplanten Bombenanschlag auszuführen. Am prominentesten ist hier wohl das Schicksal des damals 16 Jährigen Bartholomäus Schink welcher mehrere Monate in Gefangenschaft gefoltert wurde und am 10.11.1944 gemeinsam mit einigen Mitstreitern ermordet wurde.

Obwohl die Edelweißpiraten ihre Leben riskierten und teilweise verloren, um sich gegen die Nazis aufzulehnen und zu versuchen den Faschismus zu stürzen und damit einen durchaus mehr als bewundernswerten und relevanten Beitrag leisteten, finden sie in der Deutschen Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur nur wenig Erwähnung. Wenn überhaupt werden sie neben Namen wie der Weißen Rose oder Claus Schenk Graf von Stauffenberg genannt und dann höchstens als alternative naturverbundene Jugendbewegung abseits der HJ dargestellt; ihr Antifaschismus und ihr Ziel nicht nur den Faschismus zu stürzen, sondern auf seinen Trümmern eine Räterepublik zu bauen, werden ausgelassen, oft ebenso, dass sie tatsächlich aktiv widerstand leisteten. Die Edelweißpiraten bilden hier jedoch keinen Einzelfall: Auch andere sich aus proletarischen Jugendlichen zusammensetzende antifaschistische und klar Sozialdemokratische bis Sozialistische Gruppen wie die Leipziger Meuten oder dezidiert Kommunistische Widerstandskämpfer wie Georg Elser werden wenig bis gar nicht erwähnt. Und das nicht ohne Grund: die Weiße Rose rund um Sophie und Hans Scholl mögen großen Mut an den Tag gelegt haben, kämpften aber im Endeffekt vor allem gegen den Kurs Hitlers und seinem Kabinett und für eine Art gemäßigten Bonapartismus. Noch skuriler: Stauffenberg kämpfte nicht einmal gegen den Faschismus, verstand sich im Gegenteil selbst als explizit Deutsch- Nationalistisch und erhoffte sich mit seinem Attentat auf Hitler einen Kurswechsel des Faschismus, nicht jedoch

seine Beendigung. Diese beiden Beispiele erfahren vor allem deshalb eine Überbetonung, da sie, als mehr oder weniger Einzelpersonen ohne Kommunistische oder Proletarischen Hintergrund, in der Geschichte des Widerstands gegen das NS-Regime eine absolute Ausnahme darstellen, noch dazu eine recht bequeme. Sie stellen vor allem die dem Faschismus zugrundeliegende Klassenstruktur nicht in Frage. Die Würdigung von antifaschistischem Widerstand, wie dem der Edelweißpiraten, widerstrebt den Herrschenden sowie den bürgerlichen Geschichtsschreiber_Innen. Denn wenn sie das tun würden, müssten sie Personen ehren, welche explizit auch ihre Herrschaft in Frage stellten. Für uns ist klar, dass der Faschismus nur Endgültig mit der Überwindung des Kapitalismus geschlagen werden kann. Deshalb halten wir es für Notwendig antifaschistischen und kommunistisch geprägten Jugendorganisationen wie den Edelweißpiraten zu erinnern, ihre Taten zu würdigen und von ihnen und ihrer Entschlossenheit zu lernen. Denn sie zeigen diese Erkenntnis deutlich auf.

## Kultur

Wir möchten hier noch ein paar kulturelle Empfehlungen geben, die sich mit den Edelweißpiraten beschäftigen: Zum einen das Lied „An Rhein und Ruhr marschieren wir“, in dem der Widerstand der Edelweißpiraten gezeichnet wird, und auch die Erkenntnis, dass der Faschismus nur endgültig mit dem Ende der Klassengesellschaft geschlagen werden kann. Zum anderen ein eher unbekanntes Lied, namens „Edelweißpiraten“, in dem nicht nur die teils tragische Geschichte, sondern auch ihre Heldentaten erzählt werden und auch die Kontinuität der Faschist_Innen in der deutschen Geschichte problematisiert wird.

# 205 Jahre Karl Marx – Warum beziehen wir uns heute noch auf ihn?!

*von Leonie Schmidt, Mai 2023*

Obwohl Karl Marx dieses Jahr seinen 205. Geburtstag feiert, haben seine Schriften und Werke doch nicht an Relevanz eingebüßt. Ständig nimmt irgendwer Bezug auf ihn, seien es wir Kommunist_Innen, Sozialdemokrat_Innen, die bürgerlichen Medien oder gar Konservative. Was aber sind seine Errungenschaften, was besagen seine Theorien? Das wollen wir uns hier näher anschauen.

Marx kämpfte zeitlebens für den Kommunismus und hat in der Arbeiter_Innenbewegung eine wichtige Rolle gespielt. Er gründete zusammen mit Friedrich Engels 1848 die Kommunistische Partei und verfasste zahlreiche Schriften, die die Ideen des Kommunismus verbreiteten und zur Organiserung der Arbeiter_Innenklasse beitrugen. Er betonte die Bedeutung der revolutionären Praxis und des Kampfes gegen die Ausbeutung der Arbeiter_Innenklasse im kapitalistischen System. Ebenso diagnostizierte er dem Kapitalismus tiefgreifendende, wiederkehrende Krisen, die zur Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution führen würden. In seiner Arbeit als Journalist und politischer Aktivist unterstützte Marx die Streiks und Demonstrationen der Arbeiter_Innenklasse und forderte bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und die Überwindung der Klassengesellschaft. Obwohl Marx die Durchführung der Oktoberrevolution 1917 im zaristischen Russland nicht mehr erlebte, beeinflusste er die politische und intellektuelle Landschaft in Europa und der Welt und seine Ideen waren maßgeblich für die Entstehung der sozialistischen und kommunistischen Bewegungen im 20. Jahrhundert.

## Die 1. Internationale

Die 1. Internationale, auch bekannt als die Internationale Arbeiterassoziation, wurde 1864 in London gegründet und war eine Organisation, die sich für die Interessen der Arbeiter_Innenklasse einsetzte. Marx spielte eine wichtige Rolle in dieser Organisation und war maßgeblich an ihrer Gründung beteiligt. Die 1. Internationale hatte das Ziel, die Arbeiter_Innenbewegung weltweit zu organisieren und den Kampf für die Rechte der Arbeiter_Innenklasse zu vereinen. In der 1. Internationale betonte Marx die Bedeutung der Solidarität und der Zusammenarbeit der Arbeiter_Innenklasse, um ihre Forderungen gegenüber der Bourgeoisie durchzusetzen. An dieser Stelle legte er auch einen wichtigen Grundstein für den bis heute fortbestehenden Internationalismus der kommunistischen Strömungen. Die 1. Internationale zerfiel schließlich aufgrund von inneren Konflikten und politischen Differenzen, aber sie hinterließ ein bedeutendes Erbe für die Arbeiter_Innenbewegung und die Geschichte des Sozialismus und Kommunismus.

## Das kommunistische Manifest

Das vermutlich bekannteste Werk, welches auch vielen zum Einstieg in die kommunistische Theorie empfohlen wird, ist das 1848 erschienene kommunistische Manifest. In diesem legt Marx zusammen mit Friedrich Engels die These dar, dass „die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft (…) die Geschichte von Klassenkämpfen (ist)“, eine grundlegende These des historischen Materialismus.  Dieser besagt außerdem, dass die wirtschaftlichen und materiellen Bedingungen eines Gesellschaftssystems bestimmen, wie sich die Gesellschaft organisiert und entwickelt. Von Bedeutung ist ebenso die Frage danach, in wessen Besitz die Produktionsmittel sind. Als Lösungsvorschlag zur Bekämpfung der Unterdrückung des Proletariats durch die Bourgeoisie im Kapitalismus, nennen Marx und Engels die Überwindung von diesem durch die Diktatur des Proletariats. Das Konzept der Diktatur des Proletariats besagt, dass die Arbeiter_Innenklasse die politische Macht ergreifen und die Herrschaft über die Bourgeoisie ausüben sollte. Dieser Übergang zu einer klassenlosen

Gesellschaft ist notwendig, um die alten gesellschaftlichen Beziehungen abzuschaffen und den Weg für den Kommunismus zu ebnen. Marx betrachtete diese Diktatur als eine demokratische Herrschaft der Arbeiter_Innenklasse, die auf der Abschaffung der Ausbeutung und der Enteignung der Produktionsmittel, sowie auf demokratischer Organisierung in Räten beruht. Auch wenn sich der Kapitalismus seit 1848 weiter entwickelt hat und sich manche Annahmen im kommunistischen Manifest so nicht bestätigt haben, so ist es doch ein grundlegender Text, der, erstmals für Arbeiter_Innen verständlich, die Ideen des Kommunismus formuliert.

## Das Kapital

Das Kapital ist das Hauptwerk von Karl Marx und beschäftigt sich mit der politischen Ökonomie des Kapitalismus. Es umfasst eine Analyse der Entstehung und Funktionsweise des Kapitalismus, sowie eine Kritik an den Auswirkungen dieser Wirtschaftsform auf die Gesellschaft. Marx untersucht die Rolle der Arbeit und des Mehrwerts in der Produktion und zeigt auf, wie der Kapitalismus auf der Ausbeutung der Arbeiter_Innenklasse basiert, indem sich die Bourgeoise den gesellschaftlich produzierten Mehrwert aneignet. Er beschreibt auch den Zusammenhang zwischen Warenfetischismus und Geldform und analysiert die Rolle des Staates im kapitalistischen System. Marx zeigt, wie die Kapitalakkumulation zur Entfremdung des Individuums führt und wie sich das kapitalistische System selbst in Krisen stürzt. Er betont, dass der Kapitalismus aufgrund seiner inneren Widersprüche zusammenbrechen wird und dass die Arbeiter_Innenklasse die Revolution führen und eine klassenlose Gesellschaft schaffen wird. Ein Aspekt, der viel zu oft unterschlagen wird, aber aus unserer Sicht besonders wichtig ist, stammt aus Band 3 des Kapitals: der tendenzielle Fall der Profitrate. Dieser besagt, dass im Laufe der Zeit die Profitrate im Kapitalismus aufgrund verschiedener Faktoren fallen wird. Diese Faktoren umfassen die steigende organische Zusammensetzung des Kapitals, den Konkurrenzdruck zwischen den Kapitalist_Innen, die Ausdehnung der Märkte und die sinkende Arbeitsproduktivität. Die steigende organische Zusammensetzung des Kapitals bedeutet, dass immer mehr Kapital in Maschinen und Technologie investiert wird, was zu einem

Rückgang des Anteils des investierten Kapitals, das in Form von Lohn ausgezahlt wird, führt. Dies führt zu einem Rückgang des Profits pro investiertem Kapital und somit zur sinkenden Profitrate. Es ist also ein zentraler Widerspruch des Kapitalismus, Profit generieren zu müssen, in diesem Prozess aber notwendigerweise gesamtgesellschaftlich Profit einzubüßen.

## Materialistische Philosophie

Gegenteilig der Annahme, Marx wäre nur Ökonom gewesen, hat er sich auch mit der philosophischen Ausrichtung des wissenschaftlichen Sozialismus beschäftigt. So kritisierte er besonders Hegel dafür, dass seine Philosophie idealistisch war und sich auf abstrakte Ideen und Konzepte konzentrierte, anstatt auf die reale Welt. So argumentiert er, dass Hegel die Rolle der materiellen Bedingungen und der wirtschaftlichen Strukturen in der Gesellschaft nicht angemessen berücksichtigte. Außerdem betrachtete er ihn auch als Verteidiger des Staates und der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung. Des weiteren kritisierte Marx Hegels Idee des „absoluten Geistes“, die er als metaphysisch (jenseits der sinnlich wahrnehmbaren Welt) und undurchführbar betrachtete.

Des Weiteren richtet er seine Kritik gegen den Philosophen Feuerbach in seinem Werk „Die Thesen über Feuerbach“: er kritisiert in diesem Text die bisherigen Philosophen, die sich nur auf die Interpretation der Welt konzentrierten, anstatt sie zu verändern und betont somit die Bedeutung der praktischen Handlung und der Veränderung der materiellen Bedingungen in der Gesellschaft. Marx forderte eine Verlagerung des Schwerpunkts von der idealistischen Philosophie hin zur materiellen Wirklichkeit. Er kritisierte Feuerbach für seine Vorstellung, dass der Mensch allein für die Schaffung der Wirklichkeit verantwortlich sei und betonte stattdessen, dass die materiellen Bedingungen und Kräfte eine entscheidende Rolle bei der Formung der menschlichen Geschichte spielen. Schließlich forderte Marx eine Umkehrung der traditionellen Beziehung zwischen Subjekt und Objekt, indem er betonte, dass nicht das Bewusstsein das Sein bestimmt, sondern das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein.

Marx hat den Kapitalismus als eine auf Ausbeutung basierende Gesellschaftsordnung analysiert und hat gezeigt, dass die Arbeiter_Innenklasse als revolutionäre Klasse die Macht ergreifen muss, um eine klassenlose Gesellschaft zu schaffen. Seine Theorie der Entfremdung und die Bedeutung der Klassenkämpfe sind auch heute noch relevant, da wir uns gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die herrschende Klasse organisieren müssen. Lasst uns daher Marx als einen wichtigen Vordenker und Kämpfer für die Arbeiter_Innenbewegung würdigen und seine Ideen nutzen, um den revolutionären Kampf für die Befreiung der Arbeiter_Innenklasse fortzusetzen!

> *„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“*
>
> *Karl Marx, Thesen über Feuerbach*

Siehst du auch so?

Dann komm auf ein Treffen von uns in deiner Stadt*!

*Berlin, Dresden, Leipzig, Hamburg, Dortmund, Stuttgart, München (Ort auf Anfrage)

---

# Q&A März: Stalin vs. Trotzki und warum der Konflikt bis heute andauert

*Von Jona Everdeen, März 2023*

Nur wenige Jahre nach der siegreichen Oktoberrevolution kam es in der

bolschewistischen Partei zu einem folgeschweren Richtungsstreit zwischen dem späteren Herrscher der Sowjetunion Josef Stalin und dem bolschewistischen Revolutionär Leo Trotzki.

Dieser Konflikt mündete darin, dass Stalin in der Sowjetunion die Macht übernahm, während Trotzki erst aus der Partei ausgeschlossen wurde und etwas später das Land verlassen musste.

Auch aus dem Exil führte Trotzki seine Opposition gegen Stalin und dessen Politik fort und warb für eine revolutionäre Alternative zu dieser, bis er 1941 von einem Agenten Stalins ermordet wurde.

Doch spielt es für uns als Kommunist_Innen im 21. Jahrhundert überhaupt eine Rolle, worüber sich vor fast 100 Jahren gestritten wurde? Oder ist das bloß sinnlose Haarspalterei, die die Einheit aller Kommunist_Innen verhindert?

In diesem Artikel erfahrt ihr, welche Implikationen der Richtungsstreit zwischen Trotzki und Stalin für die gesamte sozialistische Bewegung hatte und bis heute hat, sowie auch warum wir uns positiv auf die Theorie Trotzkis beziehen.

**Herrschaft des Proletariats?**

Die Losungen von Marx, Engels und Lenin zu einer Gesellschaft nach dem Kapitalismus sind eindeutig: Statt der Herrschaft einer kleinen Minderheit wie in allen bisherigen Klassengesellschaften sollen nun die Arbeiter_Innen im Bündnis mit anderen unterdrückten Klassen in Form von Räten herrschen. Diese Räte sollen die Wirtschaft, die zuvor der Willkür der Kapitalist_Innen unterlag, demokratisch planen, sodass sich diese nach den Bedürfnissen aller ausrichtet.

Im „Realsozialismus“ sieht das anders aus: Statt demokratischer Räte herrschen hier Bürokrat_Innen. Ein autoritäres Planungsbüro bestimmt die Wirtschaft, während die Selbstorganisation der Arbeiter_Innen entweder teils gewaltsam unterbunden oder in rein symbolische und für die Bürokratie ungefährliche Formen umgeleitet wird, die nicht mehr Mitsprache haben als

Betriebsräte im Kapitalismus. Es herrscht eine Minderheit, eine privilegierte Kaste, über die Mehrheit des Proletariats. Doch wie konnte es nach der Oktoberrevolution, in der es den Räten gelang, die Macht zu erobern, dazu kommen?

Im russischen Bürger_Innenkrieg standen den Bolschewiki einer extrem brutalen konterrevolutionären Armee sowie mehreren Expeditionstruppen aus Ländern wie Frankreich, Britannien oder den USA gegenüber, die das Land mit Terror übersäten. Dies verschärfte noch die Folgen des Ersten Weltkriegs und die ohnehin bestehende wirtschaftliche Unterentwicklung des sehr landwirtschaftlich geprägten Landes. Die ökonomische Lage in der Sowjetunion war nach der Revolution also katastrophal. Infolgedessen war es zur Verteidigung der Revolution und Etablierung einer nach-kapitalistischen Wirtschaftsordnung nötig, vorübergehend eine zentrale autoritäre Herrschaft zu etablieren, in der die Bolschewiki als stärkste Partei sich über die Räte stellten und Aufgaben wie Verteidigung und Aufbau der Wirtschaft eigenmächtig bestimmten.

Für Lenin, Trotzki und Genoss_Innen war klar, dass dies keinesfalls ein Dauerzustand sein könnte, jedoch für den Moment notwendig war, wollte man nicht die Konterrevolution siegen lassen.

Jedoch verselbstständigte sich diese Form der autoritären Herrschaft der Partei über die Jahre. Das lag zum einen daran, dass die wirtschaftliche Unterentwicklung dafür sorgte, dass es auch, nachdem keine akute Gefahr mehr durch rechte oder imperialistische Kräfte bestand, schwierig war, eine funktionierende Planwirtschaft aufzubauen, zumal die erhofften Revolutionen in den hochentwickelten westeuropäischen Ländern ausblieben. Dadurch war die Arbeiter_Innenklasse weiterhin klein und hat zunächst sogar an Bedeutung verloren. Zum anderen sind im Bürger_Innenkrieg fast alle bolschewistischen Revolutionär_Innen der Oktoberrevolution umgekommen und deren Plätze wurden nun von bäuerlichen und kleinbürgerlichen Kräften eingenommen. Dadurch ist die Bolschewistische Partei in ihrer Zusammensetzung stark nach rechts gerückt.

Nach dem Tod von Lenin bildeten sich in der bolschewistischen Partei

mehrere Flügel, wovon die zwei Entscheidenden der von Trotzki und der von Stalin war. Trotzki bestand darauf, dass im Zuge einer forcierten Industrialisierung, die er vorschlug und Stalin später übernahm, auch die Kontrolle schrittweise zurück an die Räte der Arbeiter_Innen gegeben werden müsse. Stalins Flügel sagte jedoch, dass die Macht weiterhin bei der Bürokratie bleiben müsse und baute nach seinem Sieg die Partei um, sodass sie deren Interessen auf Erhalt von Macht und Privilegien vertrat statt die des Proletariats.

Wenn wir von „Stalinismus“ sprechen, wollen wir damit nicht sagen, dass dieser Prozess auf die Person Stalins zurückführbar wäre. Wie oben hergeleitet, war die materielle Grundlage für eine Bürokratisierung günstiger und Stalin war ein passender Charakter für die Ordnung und Durchsetzung der Interessen der Bürokratie, auf die er sich stützte. Die Bürokratie steckt dabei in einer widersprüchlichen Situation: Zum einen stützen sie sich auf die Überwindung des Kapitalismus und müssen den Rückfall in diesen fürchten. Zum anderen bedrohen ihre Herrschaft auch unkontrollierte revolutionäre Bestrebungen und weitere Schritte hin zum Sozialismus. Dieser Erhalt des Status Quo der bürokratischen Herrschaft muss ideologisch untermauert werden und diese Ideologie bezeichnen wir als „Stalinismus“. Diese ist bis heute in der kommunistischen Bewegung dominant. Hierzu wollen wir uns nun die entscheidenden Bausteine anschauen.

**Kann es Sozialismus in einem Land geben?**

Wie bereits erwähnt, war eines der zentralen Probleme der jungen Sowjetunion ihre Isolierung in einer noch kapitalistischen Welt. Für Lenin, Trotzki und die Mehrheit der Bolschewiki war klar, dass die Sowjetunion in dieser Form nicht lange überlebensfähig sein könne. Jedoch überlebte der Arbeiter_Innenstaat in der Sowjetunion erstaunlich gut. Denn es gelang ihm, die größten Bedrohungen durch Konterrevolution und Imperialismus zu bändigen und langsam eine Entwicklung hin zur Industrialisierung zu beginnen, während gleichzeitig die Chancen auf Ausweitung der Revolution immer geringer wurden. Stalins theorisierte diesen Zustand und machte aus der Not eine Tugend: Sozialismus in einem Land sei doch möglich, also müsse die oberste Priorität darauf liegen, diesen in der Sowjetunion

aufzubauen und zu schützen, im Zweifel auch über den Interessen des Proletariats in anderen Ländern. Letztendlich sollte das aber vor allem die Sicherheit der Sowjetbürokratie vor einer Weltrevolution schützen und gleichzeitig die Koexistenz mit dem kapitalistischen Weltsystem rechtfertigen.

Fatal wurde diese Politik ab 1935, als sich auf einem Kominterngipfel die Volksfrontpolitik durchsetzte, also eine Politik der Zusammenarbeit mit und in Unterordnung unter bürgerliche Kräfte gegen den Faschismus, den Stalin zu Recht als zentrale Bedrohung für die Sowjetunion sah. Dadurch wurden jedoch die Parteien zu reformistischen Kräften, die ihr Ziel der revolutionären Beseitigung des kapitalistischen Systems zurückstellten. Nach dem 2.Weltkrieg wollte Stalin die im Kampf gegen den Hitlerfaschismus geschmiedete Allianz mit den Westmächten fortsetzen und strebte eine „friedliche Koexistenz“ mit diesem an. Dafür wurden die möglichen Revolutionen in Frankreich oder Italien bewusst abgewürgt, sowie die Revolution in Griechenland im Stich gelassen, da das Land zum Teil der ausgehandelten westlichen Einflusssphäre gehörte.

Für Trotzkist_Innen hingegen ist klar, dass Sozialismus in einem Land nicht möglich ist, sondern Sozialismus nur als dominantes Weltsystem dauerhaft bestehen kann. Dem stand die stalinistische Politik aktiv entgegen, womit sie den Untergang der Sowjetunion manifestierte.

**Permanente Revolution oder Etappentheorie?**

Ein weiterer zentraler Unterschied zwischen Trotzkismus und Stalinismus stellt die Frage der Revolution in noch nicht voll entwickelten kapitalistischen Ländern dar.

So vertreten Stalinist_Innen häufig die Etappentheorie, die besagt, dass in einem vorbürgerlichen Staat mit unterentwickelten Produktionsmitteln zunächst einmal einige Zeit eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie herrschen muss, damit überhaupt die Bedingungen für eine sozialistische Revolution gegeben sind. Bereits 1917 plädierte Stalin aus diesem Grund dagegen, die Oktoberrevolution durchzuführen.

Wohin diese jedoch diese Politik führt, wird sehr deutlich am Beispiel des Irans. In der Revolution 1979 stürzte das iranische Proletariat das reaktionäre Schah-Regime in einem Bündnis mit kleinbürgerlichen Kräften. Anstatt jedoch, wie in Russland 1917, die Führung über dieses Bündnis zu übernehmen und eine iranische Räterepublik zu schaffen, bestand die stalinistische Tudeh Partei darauf, dass es zunächst einer weiteren kapitalistischen Entwicklung bedürfe und unterstützte eine bürgerliche Regierung zusammen mit islamistischen Kräften.

Das Resultat war der Sieg der Konterrevolution in Form des Mullah-Regimes, dass nun seit 40 Jahren Terror über die Menschen im Iran bringt und gegen das nun eine neue Generation Iraner_Innen revolutionär kämpfen muss, hoffentlich dieses Mal mit größerem Erfolg.

Trotzkist_Innen hingegen sehen, so wie es am Ende auch die Bolschewiki taten, dass es im Kontext eines kapitalistischen Weltsystems sehr wohl möglich ist, auch in einem unterentwickelten Land einen Arbeiter_Innenstaat zu errichten und mit dessen Möglichkeiten die Entwicklung im Eiltempo nachzuholen. Das Proletariat an der Macht, kann aber nicht dabei stehen bleiben und muss zum Aufbau des Sozialismus voranschreiten, also aus der bürgerlichen Revolution direkt in die proletarische überzugehen. Hierfür muss diese Revolution jedoch ein Startpunkt für weitere Revolutionen sein, vor allem in den voll entwickelten kapitalistischen Ländern, optimalerweise natürlich bis hin zur Weltrevolution.

**Der Übergang vom Kapitalismus zum Arbeiter_Innenstaat**

Eine weitere Besonderheit des Trotzkismus ist das Ausformulieren und die Zentralität eines Programms für den konkreten Übergang vom Kapitalismus zur proletarischen Revolution. Damit grenzt er sich aktiv ab vom Programm, das sowohl Stalinist_Innen als auch (linke) Sozialdemokrat_Innen vertreten und das zwei voneinander getrennte Pole beinhaltet: Im Kapitalismus umsetzbare Reformforderungen, sogenannte Minimalforderungen, sowie die langfristige Forderung, eines Tages Sozialismus zu erreichen, also eine Maximalforderung, die den Bruch mit dem Kapitalismus schon vorwegnimmt.

Damit jedoch lässt sich die Frage, wie denn dieser Übergang vom Kapitalismus in einer sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aussehen kann, nicht beantworten, was vielen der etablierten stalinistischen Parteien dazu führt, dass sie zwar den Sozialismus als Ziel nennen, aber letztendlich nur für Reformen in der Gegenwart kämpfen, die das System nicht sprengen.

Das besondere an Übergangsforderungen, wie Trotzki sie aufstellte und Trotzkist_Innen noch immer tun, ist hingegen, dass man Forderungen aufstellt, die die Alleinherrschaft des Kapitals angreift und die Macht in die Hände der Arbeiter_Innen überführt.

Ein Beispiel für eine Übergangsforderung ist die nach demokratischer Kontrolle der Arbeiter_Innen, zum Beispiel über Energieproduktion. Diese Forderung ist eigentlich sehr einfach und nachvollziehbar, jedoch setzt sie, sollte sie konsequent umgesetzt werden, einen Bruch mit dem Kapitalismus voraus, da dieser auf der Verfügungsgewalt der Kapitalist_Innen über ihre Produktionsmittel, wie eben auch Kraftwerke, Solarfarmen, Stromnetze etc., angewiesen ist. Andersrum gesehen stellt dies atomare Formen einer Planwirtschaft dar.

**Und die Genossis?**

„Sozialismus in einem Land“, Etappentheorie und die Praxis, die aus dem Minimum-Maximum-Programms folgt, zeigen, dass der Stalinismus keine konsequent revolutionäre Ideologie ist. Sie steht statt für die globale Revolution des Proletariats und das Ende des Kapitalismus für eine bürokratisch verwaltete Planwirtschaft in einem bestimmten abgegrenzten Gebiet sowie die „friedliche Koexistenz“ mit dem Weltimperialismus und somit auch eine Politik der Reformen und des Klassenkompromisses in nicht-stalinistischen Ländern.

Doch stehen dafür auch all jene die sich unkritisch auf Stalin oder die degenerierten Arbeiter_Innenstaaten wie Sowjetunion und DDR beziehen?

Die meisten Mitglieder von stalinistischen Kräften glauben aufrecht an die Weltrevolution und sind bereit für diese zu kämpfen, haben häufig, wenn

auch verkürzt, sogar eine gewisse Kritik an den „realsozialistischen“ Staaten und sind sicherlich keine Klassenverräter_Innen sowie es die Stalins und Ulbrichts waren.

Wir sollten uns darum nicht sektiererisch von diesen Kräften abwenden, sondern im Gegenteil eine Zusammenarbeit und gemeinsame Klärung anstreben. Dazu kommt: Sich nur positiv auf den Trotzkismus zu beziehen, schützt beim besten Willen nicht vor politischer Degeneration, andersherum wurden in anderen kommunistischen Strömungen wichtige Errungenschaften, Kämpfe und Erkenntnisse gewonnen, von denen wir profitieren und uns inspirieren lassen sollten. Doch in dieser Praxis, vom Alltag bis zur Revolution, wollen wir klären, welche Taktik wir für den Sieg und die Befreiung des Proletariats über Faschismus, Imperialismus und Kapitalismus brauchen! Und wir sind überzeugt: Das ist ein Übergangsprogramm, das den Arbeiter_Innen aufzeigt, wie sie ihre Macht erkennen und ergreifen können, und eine Internationale, die kompromisslos und ohne Pause für eine weltweite Räterepublik und demokratische Planwirtschaft kämpft!

---

# Historische Kämpfe gegen den Krieg

*von Romina Summ, Artikel aus der FIGHT 2023, unserer Zeitung gemeinsam mit der Gruppe Arbeiter:innenmacht (und anderen Sektionen der LFI) zum 8. März 2023*

## Vietnamkrieg

Beginnend mit dem offiziellen Eintritt der USA in den Vietnamkrieg im August 1964 kam es international zu breiten Protesten, auch in Deutschland. Entstanden war die Bewegung zunächst durch Student:innenorganisationen.

Die bekannteste war sicherlich die SDS (Students for a Democratic Society), welche sich aus radikalen pazifistischen Gruppen der Antiatombewaffnungsbewegung heraus entwickelte. Angeschlossen hatten sich neben Hippies, liberalen Bürgerrechtler:innen, Akademiker:innen auch Kunstschaffende. Wesentlich beteiligt und um einiges militanter als die „Make Love Not War"-Bewegung waren Frauenorganisationen wie die „Women Strike for Peace (WSP)", welche sich zunächst erfolgreich gegen Atombombentests einsetzte. Gegründet wurde diese nach einem am 1. November 1961 stattgefundenen eintägigen Streik unter dem Slogan „End The Arms Race Not The Human Race", an dem schätzungsweise 50.000 Frauen in 60 US-Städten teilgenommen hatten. Der Streik verlief sehr erfolgreich und löste in weiterer Folge eine große Dynamik aus. Die WSP wurde ins Leben gerufen und zog noch mehr Frauen in den Kampf gegen die Bedrohung durch Atomkriege und zur sofortigen Beendigung von Atomtests. Als die WSP bereits nach knapp zwei Jahren mit dem Inkrafttreten des Vertrags über das begrenzte Verbot von Atomtests einen bedeutenden Sieg verbuchen konnte, wurde der Vietnamkrieg zum Hauptanliegen der Bewegung. Initiativen wie „The Jeannette Rankin Brigade" (1968) brachten Aktivisten:innen zusammen, die sich für Frauenbefreiung, Antirassismus, Armutsbekämpfung und Antikriegspolitik einsetzten. Einige Mitglieder der WSP nahmen sogar an Treffen mit dem Vietkong (Nationale Front für die Befreiung Südvietnams; NFB) in Nordvietnam teil. Sie trugen durch die Organisation dieser Proteste und der daraus entstandenen gesellschaftlichen Ablehnung entscheidend dazu bei, dass die US-Regierung in Nordvietnam keine Atomwaffen einsetzte und sich das Kräfteverhältnis zu Gunsten der Vietkong verschob.

Innerhalb der Antikriegsbewegung gab es allerdings eine große Zersplitterung und keine gemeinsame Dachorganisation. So hatte man zwar ein gemeinsames Ziel, es wurde aber heftig über die anzuwendenden Mittel diskutiert. Die Bewegung, welche von bürgerlichen Kräften dominiert war, konnte jedoch durch den breiten gesellschaftlichen Protest enormen innenpolitischen Druck auf die damalige US-Regierung aufbauen. Diese sah sich 1969 gezwungen, die Zahl ihrer Bodentruppen in Nordvietnam zu minimieren, von rund 480.000 auf 335.000, bis sie 1973 nach dem Abschluss

eines Waffenstillstandes (Pariser Abkommen) mit Nordvietnam komplett abgezogen wurden. Zusätzlich wurden eine Reform des Einzugsverfahrens ins Militär durchgesetzt sowie die Wehrpflicht aufgehoben. Dies alles führte zu einer der verheerendsten Niederlagen des US-Imperialismus und einem Sieg der vietnamesischen Befreiungsarmee.

## Irakkrieg

Bald 20 Jahre ist es her, als die bis dahin größte Antikriegsbewegung ihren Höhepunkt erreichte. Am 15. Februar 2003 gingen in mindestens 650 Städten weltweit zwischen 25 und 30 Millionen Menschen auf die Straße, um gegen den durch die USA geführten Irakkrieg zu protestieren. Diese Bewegung zeichnete sich besonders durch das Ausmaß der Beteiligung in den westlichen Staaten aus, wo Regierungen den Krieg entweder duldeten oder die USA sogar direkt unterstützten. Getragen wurde die Bewegung von Friedensgruppen, Kirchen, NGOs und Gewerkschaften. Ebenso gab es an Schulen zahlreiche Streiks gegen den Krieg. Auch innerhalb dieser Antikriegsbewegung spielten Frauen wieder eine zentrale Rolle. So hatten beispielsweise am 8. März 2003, dem Internationalen Frauentag, tausende in verschiedenen US-Städten gegen den Irakkrieg demonstriert. Aufgerufen hatte die Organisation „Code Pink: Women for Peace“.

Die Bewegung versuchte, in den einzelnen Ländern durch Proteste und zivilen Ungehorsam (wie Sitzblockaden auf dem Stützpunkt der US-Airbase in Frankfurt) innenpolitischen Druck auf die nationalen Regierungen auszuüben, um damit eine Kriegsbeteiligung zu verhindern. Die Bewegung erreichte, dass sich viele Länder nicht aktiv am Krieg beteiligten, da sie den Widerstand innerhalb der Gesellschaft gegen den Krieg kannten und weitere Proteste befürchteten. Auch verfolgte die Europäische Union unter Führung von Deutschland und Frankreich andere geopolitische Interessen. Dennoch wollte sie keine Eskalation mit den USA riskieren. So gewährleistete Deutschland beispielsweise Transporte und den Schutz von US-Militär. Auch genehmigte sie der NATO sogenannte Überflugrechte über dem Bundesgebiet.

# Erster Weltkrieg und Beginn der Februarrevolution

Nachdem in Russland viele Männer für den ersten Weltkrieg von 1914 – 1917 eingezogen wurden, waren Frauen gezwungen, in den Fabriken zu arbeiten, um fehlende Arbeitskräfte zu ersetzen. Gleichzeitig wurden die Arbeitsbedingungen schlechter. Die Preise stiegen und es herrschte ein Mangel an Waren. Am internationalen Frauentag, dem 23. Februar/8. März 1917 organisierten Arbeiterinnen einen großen Streik mit rund 90.000 Teilnehmer:innen in den Fabriken von St. Petersburg, um gegen den imperialistischen Krieg und seine verheerenden Folgen zu protestieren. Obwohl Streiks verboten waren und die Arbeiter:innenbewegung starker Repression ausgesetzt war, organisierten Arbeiterinnen aus dem Wyborger Bezirk in den dort ansässigen Textilfabriken illegale Treffen unter den Thema „Krieg, hohe Preise und die Situation der Arbeiterin“. Sie entschieden sich zu streiken, zogen zu tausenden auf die Straßen und forderten unter den Slogans „Brot, Land, Frieden“ sowie „Gebt uns unsere Männer zurück“ weitere Arbeiterinnen und Männer in nahegelegenen Fabriken zur Teilnahme auf. Diese Aktion war äußerst erfolgreich. Bereits um 10 Uhr waren rund 27.000 Arbeiter:innen am Streik beteiligt. Diese Zahl stieg im Verlauf des Tages auf über 50.000 Menschen an. In den darauffolgenden Tagen umfasste die Streikwelle gar 240.000 Arbeiter:innen. Die Februarrevolution war ausgebrochen.

Dabei spielte die SDAPR-Frauenzeitung „Rabotniza“ und deren Redaktion, welche aus den Organisatorinnen des Streiks bestand, eine wesentliche Rolle. Unter ihnen die Revolutionärin Alexandra Kollontai, die deutlich machte, dass der Krieg, welcher auf dem Rücken der Arbeiter:innen geführt wird, mit Mitteln des Klassenkampfes bekämpft werden muss und es dafür eine Partei der Arbeiter:innenklasse mit einem Kampfprogramm gegen den Kapitalismus braucht. Entsprechend traten sie für Forderungen ein, die sich nicht auf nationale Interessen beschränkten, sondern im Interesse der Klasse waren, wie der 8-Stunden-Tag, die Vergesellschaftung der Wäschereien und höhere Löhne.

# Rätedemokratie was ist das?

Rätesysteme sind ein stufenhaft aufgebautes System, in dem die Representant:innen direkt an die Wähler:innen gebunden sind und als koordinierendes und auch ausführendes Organ dienen. Dabei ist wichtig, dass gewählte Representant_Innen also immer rechenschaftspflichtig und jeder Zeit wähl- und wieder anwählbar gegenüber ihrer Basis sind.

Das heißt jetzt konkret das zum Beispiel eine Fabrik für sich einen Rat gewählt hat, der die Interessen der Arbeiter:innen dieser Fabrik vertritt. Die Mitglieder dieses Rates kommen aus der Arbeiter:innenschaft dieser Fabrik und sind zuständig dafür zu sorgen, das alles innerhalb der Fabrik gut läuft. Wenn die Arbeitsbedingungen sich verschlechtern können sie z.B. auch Streiks organisieren, um sie wieder zu verbessern.

Dann gibt es die nächste stufe der Räte wie z.B. die Stadträte. Das währe dann ein Rat, der aus Representant:innen all der verschiedenen Räte, die es innerhalb der Stadt gibt zusammengesetzt werden würde. Also aus Representant:innen der Fabriken, der Büros, der Krankenhäuser, der Schulen, der Unis,… und allen anderen Räten innerhalb einer Stadt. Dieser Rat kann dann Stadtweise Entscheidungen mit den verschiedenen Räten organisieren und umsetzen also z.B. die Reperatur von Straßen mit nem Rat von Bauarbeiter:innen oder die Reperatur von Strohmlinien mit Elektrinker_Innen. Außerdem organisieren sie auch die Arbeiter:innenmilizen, die dem Schutz der neuen Ordnung dienen, also die kapitalistischen Konterrevolutionsversuche abwehren, aber auch die Menschen schützen, z.B. vor sexistischen, rassistischen oder faschistischen Übergriffen. Im Gegensatz zu bürgerlichen Polizei werden auch sie gewählt, und sind rechenschaftspflichtig und rekrutieren sich jewals aus der Stadtbevölkerung. Besonders während der Revolution kommt Zudem natürlich auch das Organisieren Stadt-weiter Streiks zum umsetzen von politischen Forderungen, die dem Interesse der Arbeiter:innenklasse dienen.

Auf dem Land passiert das gleiche mit Regionalräten, die einige Dörfer bzw. Kleinstädte umfassen.

Dann geht es natürlich noch eine Stufe nach oben. Landesweite Räte, wo Repräsentant:innen, von jeder Stadt und jedem Regionalrat repräsentiert sind und somit Repräsentant:innen von der gesamten Arbeiter:innenschaft landesweit. Dieser Rat organisiert dann Entscheidungen auf einer landesweiten Ebene, wie zum Beispiel den Ausbau von öffentlichem Personenverkehr mit den verschieden Räten dieser Gebiete oder auch logistische Angelegenheiten, wie die Verteilung von den produzierten Gütern mit den Bahn Räten. Demzu organisiert er die Bestimmung, von was eigentlich produziert werden soll über demokratische Bestimmung aller Räte und über Umfragen in der Bevölkerung zu dem, was eigentlich gebraucht wird. Dafür organisieren sich noch zusätzlich Arbeiter_Innen einer bestimmten Berufsgruppe in einem landesweiten Rat für diese, der in jewaligen Entscheidungen, die diese Berufsgruppe zu Experten macht mit entscheidet.

Aber es gibt auch noch die nicht irrelevante Internationale stufe wo Repräsentant:innen der Arbeiter:innenklasse von jedem Land zusammenkommen um auf einer internationalen Stufe Entscheidungen zu koordinieren. Ihre Hauptaufgabe besteht darin bei allen nationalen Eigenheiten immer noch das Gesamtinteresse des internationalen Proletariats zu vertreten. Sie kümmern sich z.B. um den Transport von Produkten auf einer internationalen Ebene damit alle Fabriken das haben, was sie brauchen zum Produzieren. Außerdem verwalten sie aauch international die Umsetzung der demokratischen Planwirtschaft, damit international alles verfügbar ist was gebraucht wird und es keine Unterproduktion oder Überproduktion gibt. Wenn die Revolution in den meisten Ländern schon gelungen ist, aber einige Länder noch kapitalistisch sind, sollten sie außerdem das Ziel der Weltrevolution immer im Fokus behalten.

Bei all diesen Punkten ist es wichtig in Erinnerung zu behalten, dass die Representant:innen direkt aus der Arbeiter:innenschaft kommen und deren einzige Aufgabe darin besteht zu verwalten, organisieren und umzusetzen,

was demokratisch bestimmt wird. Dabei verdienen sie auch nur ein durchschnittlichen Arbeiter:innenlohn und sind JEDERZEIT abwählbar und neuwählbar, sodass die Representant:innen auch die Interessen der Arbeiter:innenklasse vertreten müssen und die vollständige Demokratie in diesem System erst entstehen kann.

All dieses Gerede von Räten, aber wie entstehen eigentlich die Räte? und wie kommen sie an die Macht?

Historisch gibt es verschiedene Beispiele von Räten als Parallelstruktur zum bürgerlichen Staat und davon, dass die Räte zur Regierungsform geworden sind. Zum Beispiel die Pariser Kommune, die Münchner Räterepublik oder die ungarische Räterepublik. Das nennenswerteste von diesen Beispielen sind jedoch die Sowjet's (russisch für Rat) zur Zeit der Oktoberrevolution 1917 im ehemaligem Zarenreich, wo es überall im Land (aber hautsächlich in den Städten) diese Sowjet's gab, die parallel erst zur Zarenherrschaft mit dem Scheinparlament Duma und nach dessen Sturz zur bürgerlichen provisorischen Regierung von Kerenzki existiert haben, um die Arbeiter:innenklasse zu repräsentieren. Aber zu diesem Zeitpunkt könnten sie noch keine richtige Macht ausüben konnten.

Aber die Perspektive die Sowjet's an die Macht zu bringen hatte die Bolschewistische Partei, die ihren Kampf mit der Parole „Alle Macht den Sowjet's" führte und auch durch eine Revolution gemeinsam mit den Räten diese Parole konkret um setzen konnte. Aber die Bolschewiki wollten nicht nur die Sowjet's an die Macht bringen, sondern nutzen die Sowjet's auch um sich selbst an die Macht zu bringen, also quasi als Revolutionsorgan und als Möglichkeit ihre Perspektiven und Meinungen in die Arbeiter:innenklasse zu bringen. Als dann unter Führung der Arbeiter:innenklasse mit der Bäuer:innenklasse die sozialistische Revolution im Russland ausbrach, wurde die Parole zur Tatsache und die Sowjet wurden zum Herrschaftsorgan der Arbeiter:innenklasse und es gründete sich die Sowjetunion.

Das ist natürlich alles schön und gut aber heute haben wir solche Parallelstrukturen zum bürgerlichen Staat leider nicht.  Die gehören aber aufgebaut! Dies kann meistens innerhalb von starken Bewegungen innerhalb

der Arbeiter:innenklasse passieren, wie zum Beispiel momentan Deutsche wohnen und Co enteignen. Aber auch Streiks, wie der aktuelle Streik der Hafenarbeiter:Innen an der Nordsee können mit Streikposten und – komitees eine Grundlage für Räte bilden. Damals in Russland endstanden die Sowjet's 1905-1907 in der ersten russischen Revolution, die auch eine starke Arbeiter:innenbewegung und große Massenstreiks beinhaltete. Aber die Bildung dieser Räte geschah auch da nicht von alleine, sondern musste unterstützt werden und das ist was wir als Revolutionär:innen heute machen müssen. Wir müssen die Bildung von Parallelstrukturen zur bürgerlichen Regierung aktiv unterstützen, damit eine sozialistische Revolution überhaupt irgendeine Chance hat.

---

# Antislawischer Rassismus: Geschichte und Perspektiven

Von Sani Meier

In aktuellen Debatten um Rassismus wird dieser häufig als Phänomen beschreiben, welches People of Color abwertet, unterdrückt und ausbeutet. Dass diese Definition in vielen Fällen zwar zutrifft, aber dennoch, vor allem in Europa, nicht ausreicht, soll dieser Artikel herleiten. Es geht im Folgenden um die Geschichte und die Merkmale des Antislawischen Rassismus in Deutschland, welcher bis heute nicht aufgearbeitet oder anerkannt wird und im Zuge des Krieges um die Ukraine erneuten Aufschwung erfährt.

**Um wen geht es eigentlich?**

In Europa bilden die sogenannten „slawischen Völker" die zahlenmäßig größte Gruppe von Ethnien. Dazu zählen die ostslawischen Staaten Russland, die Ukraine und Belarus, die westslawischen Staaten Polen, Tschechien und die Slowakei und die südslawischen Staaten Bulgarien, Slowenien, Kroatien,

Serbien, Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien und Montenegro. Zusätzlich leben bis heute große slawische Minderheiten in den ehemals zur Sowjetunion gehörigen Staaten Litauen, Lettland, Estland, Kasachstan und Moldau. In Deutschland machen Menschen aus Osteuropa die Hälfte aller Menschen mit Migrationshintergrund aus. Ihre rassistische Unterdrückung wird als antiosteuropäischer / antislawischer Rassismus oder Antislawismus bezeichnet und äußert sich durch abwertende Zuschreibungen zum geografischen Raum Osteuropas und seinen (ehemaligen) Bewohner_Innen. Damit einhergehend kommen unter anderem eine wirtschaftliche Benachteiligung, verstärkte Ausbeutung, Vertreibung, Ausgrenzung und andere Gewalterfahrungen.

**Geschichte des antislawischen Rassismus:**

Die Zeugnisse für die Existenz von antislawischem Rassismus in Deutschland reichen zurück bis ins Mittelalter. Da Slawen zu dieser Zeit in den Gebieten des heutigen deutschen Ostens lebten, wurden sie immer wieder Opfer germanischer Raubzüge und Kriege. Die Versklavung, Unterwerfung und Vertreibung der slawischen Stämme stellte eine Haupteinnahmequelle für die Ritter dar und ist auch heute noch in der Ähnlichkeit der Worte (Slawe/Sklave) sichtbar.

Im Deutschen Kaiserreich wird diese Tradition durch die kolonialen Interessen Deutschlands in Osteuropa wiederbelebt und der Erste Weltkrieg soll den uneingeschränkten Zugriff auf slawische Arbeitskräfte sichern. Da solch brutale und menschenverachtende Pläne immer nach einer vermeintlichen Legitimierung fordern, blühen die rassistischen, pseudo-wissenschaftlichen Diskurse im 19. Jahrhundert besonders auf und konstruieren die Slawen als eigene „Rasse“, die gegenüber den Deutschen abgewertet wird. Besonders eindrücklich wird dies durch die Etablierung des Begriffs des „slawischen Untermenschen“. Dass diese Form des Rassismus auch oft Hand in Hand mit anderen Unterdrückungsformen wie dem Antisemitismus und dem Antiziganismus (Diskriminierung von Sinti*ze und Rom*nja) geht, zeigt sich an stigmatisierenden Begriffen wie dem des „Ostjuden“.

Obwohl der Erste Weltkrieg für Deutschland scheitert, lebt der Traum vom „Deutschen Osten“ im Nationalsozialismus weiter und erreicht im Vernichtungskrieg seinen negativen Höhepunkt. Ideologisch wird der slawischen Bevölkerung durch das NS-Regime die Rolle minderwertiger Sklaven zugewiesen und deren Genozid zur Bedingung einer erfolgreichen Expansionspolitik erklärt. Die ohnehin als „Untermenschen“ betrachteten Menschen seien der nationalsozialistischen Ideologie gemäß durch den Bolschewismus zu „zurückgebliebenen Tieren“ mutiert. Der faschistische Vernichtungskrieg wurde in kolonialer Manier zur „Zivilisierungsmission“ verklärt. Die Blockade Leningrads, bei welcher über eine Millionen Menschen erfroren und verhungerten, weil die Deutschen sie für „unnötige Esser“ hielten, stellt nur eine von vielen Gräueltaten gegenüber der slawischen Bevölkerung dar. Auch in der Ukraine vernichteten die deutschen Besatzer ganze Dörfer. Nachdem die Rote Armee die Faschist_innen jedoch erfolgreich zurückschlug und zurück nach Westen drängte, wurde das Stereotyp der „feigen Halbtiere“ durch die „asiatischen wilden Horden“, die über das arme Deutschland herfallen, ausgetauscht.

Mit dem Ende des zweiten Weltkriegs wird der Rassismus gegenüber Osteuropäer_Innen weder aufgearbeitet und entschädigt, noch bekämpft und bekommt in Zeiten des Kalten Krieges im Antikommunismus ein neues Gewand. Zuwander_Innen aus dem Osten Europas werden massiv abgewertet und das Stereotyp der „wilden und invasiven Horden“ bleibt bestehen: Immer noch begegnen uns die Vorurteile von angeblich „klauenden Polen“, „saufenden Russen“ oder „arbeitsscheuen Bulgaren“. Diese Formen der rassistischen Abwertung legitimierten Gesetze, die die Einreise nach Deutschland massiv erschwerten, sowie berufliche Dequalifizierungen, durch welche Osteuropäer_Innen in der deutschen Arbeitshierarchie weit nach unten gedrängt wurden. Bis heute sind sie am stärksten in Branchen wie der Lagerlogistik, der Fleischindustrie, der Landwirtschaft und als Reinigungs- oder Pflegekräfte tätig, welche am rücksichtslosesten von deutschen Kapitalist_Innen ausgebeutet werden. Hinzu kommen Diskriminierung und Ausgrenzung aufgrund von Sprache, Akzent oder kulturellen Traditionen, welche vor allem russischsprachige Menschen seit Beginn des Ukrainekrieges verstärkt zu spüren bekommen.

Obwohl der russische Angriffskrieg klar zu verurteilen ist, werden nun alle Menschen, die man (oft fälschlicherweise) für Russ_Innen hält, für diesen verantwortlich gemacht. Russische Restaurants und Geschäfte werden mit Drohungen überhäuft und mitunter auch angegriffen. Menschen, die Russisch sprechen werden beleidigt. Schüler_Innen berichteten uns davon, in der Schule mit Fragen wie „Und wie sehen deine Eltern das eigentlich?“ konfrontiert zu sein und sind einem konstanten Rechtfertigungsdruck ausgesetzt. Damit wird auch implizit die Erwartung ausgedrückt, alle Russ_Innen wären zwangsläufig Unterstützer_Innen Putins, was die Einbeziehung dieser Menschen in den Widerstand gegen den Krieg verhindert und Schüler_Innen in ihrem Alltag unnötig unter Druck setzt und zu sozialer Ausgrenzung führen kann.

**Also doch Rassismus gegen Weiße?**

Aber Moment mal: Das heißt also, es gibt doch Rassismus gegen weiße Menschen? Die Aussage, dass es diesen nicht geben könne, wird meistens dann getroffen, wenn Phänomene, die eindeutig keine strukturelle rassistische Unterdrückung darstellen, als solche betitelt werden. Zum Beispiel, wenn Linke sich gegen das Zelebrieren von Nationalstolz während der Fußball-WM aussprechen oder wenn in den USA im Zuge der „Black Lives Matter“-Bewegung gefordert wird, dass weiße Menschen sich in dieser zurücknehmen sollen, um Betroffenen Raum für den Ausdruck ihrer Erfahrungen zu geben. In diesen Fällen liegt natürlich eindeutig kein Rassismus gegen Deutsche oder weiße US-Amerikaner_Innen vor- aber dennoch ist die Analyse von Rassismus, als einer Unterdrückungsform, die zwangsläufig und primär aufgrund einer dunkleren Hautfarbe oder anderen äußerlichen Merkmalen ausgeübt wird, ungenügend.

Rassismus ist ein soziales Phänomen, welches von der besitzenden Klasse eingesetzt wird, um bestimmte Arbeiter_Innen möglichst effizient ausbeuten zu können- dies kann über biologische Merkmale legitimiert werden, muss es aber nicht zwangsläufig. In Bezug auf Osteuropäer_Innen wird dies vor allem durch die Zuschreibung eines niedrigeren sozialen Status gemacht und nicht durch die Hautfarbe. Dabei ist wichtig zu verstehen, dass der Kapitalismus auf dem Streben nach maximalem Profit und internationaler Konkurrenz

beruht: Kapitalist_Innen sind also darauf angewiesen, möglichst kostengünstig zu produzieren, um ihre Gewinne zu steigern. Ein sehr effizienter Weg ist dabei die Einsparung von Lohnkosten, welche sich am besten rechtfertigen lässt, indem die Arbeitskraft bestimmter Menschen dequalifiziert wird. Dass diese Ungleichbehandlung als „natürlich" angesehen werden kann, wird durch die Einteilung der Welt in Nationalstaaten und die Konkurrenz zwischen diesen erleichtert. Hierarchisierung und Ausbeutung erscheint in diesem Zuge als notwendig und legitim und verhindert zusätzlich eine effektive Solidarisierung innerhalb der weltweiten Arbeiter_Innenklasse gegen die Kapitalist_Innen. Letztendlich kann Rassismus prinzipiell jede Gruppe treffen, die im Kapitalismus zu einer anderen Gruppe in ökonomischer Konkurrenz steht. Wie flexibel und wandelbar die Darstellung bestimmter Nationen in den deutschen Medien ist, zeigt sich momentan am Beispiel der Ukraine: Während Ukrainer_Innen über Jahrzehnte hinweg den Stereotyp der billigen Reinigungskraft, Feldarbeiter_In, Bauarbeiter_In oder Sexarbeiter_In verkörpern mussten, sind sie nun innerhalb weniger Wochen zu heroischen Freiheitskämpfer_Innen der Demokratie im Osten Europas geworden. Dass dieser Wandel zeitgleich mit einem gesteigerten Interesse des deutschen Imperialismus an der ukrainischen Wirtschaft und deren geopolitischer Lage von statten geht, ist kein Zufall, sondern Taktik.

Als Revolutionär_Innen ist es unsere Aufgabe, die Rolle des Rassismus innerhalb des Kapitalismus aufzuzeigen und zu benennen: Er ist eines der Werkzeuge, welches die Kapitalist_Innen einsetzen, um möglichst effizient auszubeuten und eine gemeinsame Organisierung der Arbeiter_Innen und der Jugend zu verhindern. Doch davon dürfen wir uns nicht blenden lassen: Die Aufteilung der Welt in Nationalstaaten und die ihnen zugeschriebenen Attribute sind weder natürlich, noch notwendig und unsere Solidarität muss sich in all unseren Kämpfen über sie hinwegsetzen. Sei es im Widerstand gegen die rassistische und mörderische Politik an den europäischen Außengrenzen oder im Kampf gegen den Krieg in der Ukraine und überall sonst auf der Welt. Auch die russische Arbeiter_Innenklasse muss sich dazu gegen ihre nationalistische Führung erheben und in die weltweiten Kämpfe dagegen einbezogen werden!

- Weder Putin, noch NATO! Für eine internationale Antikriegsbewegung der Arbeiter_Innen und Jugend!
- Sofortiger Abzug der russischen Armee! Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung, Anerkennung ihres Rechts auf Selbstverteidigung gegen die Invasion!
- Solidarität mit der Antikriegsbewegung und der Arbeiter_innenklasse in Russland; Verbreitung der Aktionen gegen den Krieg; Freilassung aller Festgenommen!
- Kein Mensch ist illegal! Staatsbürger_Innenrechte & Zugang zu Sozialleistungen für alle!
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Gegen die Überausbeutung migrantisierter Arbeiter_Innen und für die Integrierung dieser in Gewerkschaften und Streiks!
- Für die lückenlose Aufklärung der Verbrechen des Nationalsozialismus an Osteuropäer_Innen, Sinti*ze und Rom*nja!

---

# Solidarität mit den Hafenstreiks

Vom 9.8.-15.8.22 war Ende Gelände in Hamburg um ein Protestcamp und Aktionen durchzuführen. Wir finden es wichtig, dass Menschen etwas gegen die Umweltzerstörung tun wollen und es seit Jahren Umweltbewegungen gibt, die Tausende auf die Straße mobilisieren, doch wir haben Kritik an der Strategie und auch den Aktionen!

Deutschland befindet sich inmitten der höchsten Inflation seit 40 Jahren und die Auswirkungen treffen die Lohnabhängigen und Unterdrückten sämtlicher Produktionsstätten. Ihr Reallohn sinkt, viele werden an den Rand des Existenzminimums und darüber hinaus gedrängt, der Frust steigt.

Es gab in Hamburg und anderen Städten, wie Bremen und Wilhelmshaven in jüngster Zeit Hafenstreiks mit tausenden von Arbeiter_Innen, die den Hafenbetrieb lahmlegten und sich mit ihren Bossen, der Polizei und Justiz

anlegten um für gerechte Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Sie haben gezeigt, wenn sie streiken, steht die Produktion still, sie sind der Hafen, ohne sie geht nichts. Es waren die größten Streiks seit 40 Jahren in den Häfen. Derzeit wird ihnen verboten weiter zu streiken, denn die Bosse und auch die Regierung haben Angst vor der Ausweitung des Streiks, Angst davor ihre Profite und die Macht über die Arbeiter_Innen zu verlieren. Doch sie wollen weiter kämpfen und brauchen dazu Unterstützung.

Viele linke Organisationen haben sich mit ihnen solidarisiert, einige unterstützten aktiv vor Ort.

Nun mobilisiert Ende Gelände nach Hamburg, die Stadt wo über 12.000 Hafenarbeiter_Innen gestreikt haben. Sie rufen zu Aktionen gegen fossile Energien, LNG Terminals und neokoloniale Ausbeutung auf. Gerade der Hamburger Hafen wird dabei als Ort der neokolonialen Ausbeutung benannt. Wir fragen uns, warum Ende Gelände da nicht die Streikbewegung im Hafen nutzt?
Es gab lediglich einen Post auf Twitter, wo sich mit den Arbeiter_Innen solidarisiert wurde. Doch was ist mit den anderen Plattformen? Ende Gelände ist neben Fridays for Future eine der einflussreichsten Umweltbewegungen in Deutschland aber nutzt ihre Reichweite nicht. Das Camp in Hamburg soll ein Ort des Austausches und der Vernetzung sein, doch auch hier gibt es nirgendwo einen Workshop von Hafenarbeiter_Innen, wo sich mit den Streikenden vernetzt werden kann.

Wir haben mit den Arbeiter_Innen im Hafen gesprochen, sie sind enttäuscht von Ende Gelände und haben Bedenken zu den Aktionen. Die Bewegung ist zwar auf sie zu gekommen aber die Arbeiter_Innen hatten entweder die Chance mitzumachen oder nicht, eine Einbindung oder gemeinsame Perspektive konnte so nicht geschaffen werden. Eine Blockade ohne die Arbeiter_Innen bedeutet, dass diese noch mehr Überstunden machen müssen und die Folgen auf sie abgewälzt werden. Der Streik wird von linken Kräften angeführt die fortschrittliche Forderungen nicht nur mit der Gewerkschaft sondern auch mit Anbindung an linke Organisationen erkämpfen wollen. Dabei kämpfen sie nicht nur gegen ihre Bosse, die Regierung und Hetze in den Medien, sondern auch gegen Rechte Kräfte innerhalb der Betriebe. Es

wäre nötig die Streikbewegung zu unterstützen und im Hafen gegen die Streikverbote zu mobilisieren, anstatt nur für einen Tag und ein bisschen mediale Aufmerksamkeit die Arbeiter_Innen von linken Bewegungen wegzutreiben! Wir haben einen gemeinsamen Feind, die Konzernbosse und die Regierung, die sowohl die Ausbeutung der Arbeiter_Innen als auch Natur weiter fortführen wollen! Es wäre nötig sich mit den Arbeiter_Innen über die Eventaktion hinaus zu vernetzen und dauerhaft zu schauen, wie so ein Hafen anders aufgebaut werden kann um nicht mehr der neokolinialen umweltschädlichen kapitalistischen Produktion zu unterliegen!

Wenn wir die Umwelt retten wollen müssen wir erkennen, dass das nur im gemeinsamen Kampf mit den Arbeiter_Innen weltweit umzusetzen geht. Antikapitalistischer Umweltschutz heißt Klassenkampf! Denn Lohnabhängige und Unterdrückte leiden am meisten unter den Folgen des Klimawandels und sind gleichzeitig diejenigen, die die umweltschädliche kapitalistische Produktion stillegen und umwandeln können.

Die Protestcamps und Workshops, die EG anbietet, könnten viel mehr sein als Orte der öffentlichen Kundgebung, sie könnten eine Gelegenheit sein für offenen und gleichberechtigten Austausch und taktische Absprache über gemeinsame Ziele. Der Ort wo wir anfangen uns endlich gemeinsam, demokratisch zu organisieren. Der Hafen wird vor allem durch seine Bedeutung im Transportsektor zu einem Ort neokolinialer und umweltschädlicher Ausbeutung, Forderungen nach einer Energie-und Verkehrswende müssen hier mit Arbeitszeitverkürzungen zu vollem Lohnausgleich sowie Enteignung unter Arbeiter_Innenkontrolle einhergehen. Auch die Hafenarbeiter_Innen wissen um die Problematiken der Umwelt, denn sie sehen täglich die Ausbeutung von Mensch und Natur.
Wir fordern die Umweltschutzbewegung dazu auf mit den Arbeiter_Innen in Diskussion zu treten, sie aktiv zu unterstützen und konkrete Forderungen zu stellen, welche sowohl den Kampf gegen Ausbeutung der Arbeiter_Innen als auch der Umwelt verbinden.

Für solch einen gemeinsamen Kampf müssen Forderungen wie die folgenden aufgestellt und diskutiert werden:

- Enteignung der umweltschädigenden Konzerne unter Arbeiter_Innenkontrolle!Umbau unnötiger Industrien wie der Autobranche, des Kohlebaus, der LNGs – Umschulung statt Entlassung!
- Lohnerhöhung angepasst an die Inflation.
- Arbeitszeitverkürzungen zu vollem Lohnausgleich!
- Kampf der Sozialpartner_Innenschaft und Gewerkschaftsführung! Für kämpferische Gewerkschaften!
- Für ein uneingeschränkten Streikrecht, welches notfalls widerrechtlich durchgesetzt wird!

Für eine demokratische Planwirtschaft unter Arbeiter_Innenkontrolle!

Forderungen dieser Art hätten die Chance, endlich eine Brücke zu schlagen zwischen linkem Umweltakivismus und Fortschritt für die Lohnabhängigen und Unterdrückten. Die aktuellen Streiks sind eine Chance die wir nicht einfach vorüberziehen lassen sollten! Die Hafenarbeiter_Innen haben die Schnauze voll, und das zurecht! Jetzt ist es an uns, uns hinter sie zu stellen. Wir können die Umwelt nur retten, wenn wir uns nicht nur Antikapitalistisch nennen sondern wirklich einen Kampf gegen das kapitalistische System führen und die kapitalistische Produktionsweise durch eine demokratische Planwirtschaft ersetzen, die auf die Bedürfnisse von Mensch und Umwelt ausgelegt ist und nicht auf Profite.

---

# Mit dem Streik zum politischen Streikrecht!

*von Flo Schwerdtfeger*

Auch wenn der 1. Mai heute nicht mehr der große Streiktag ist, der er mal war, hat das Recht, politisch zu streiken nicht an Relevanz verloren. Was das

bedeutet und wie wir es zurück erkämpfen, erfahrt ihr in diesem Artikel: Wir haben uns schon in der letzten Ausgabe der Zeitung mit dem Thema des politischen Streiks beschäftigt. Damals noch in der Verbindung der Streiks des Krankenhauspersonals, der Gorillas-Lieferfahrer_Innen und des Bahnpersonals,
welche alle, relativ zeitgleich Ende letzten Jahres stattfanden.
Diese Streiks zielten in erster Linie auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ab, wie z.B. bessere Bezahlung, unter anderem um sich an die Inlation anzupassen. Darüber hinaus ging es aber auch um Forderungen, die nicht nur von den Arbeitgeber_Innen umgesetzt werden können. Im Falle des Krankenhauspersonals ging es auch um die Schaffung neuer Arbeitsplätze, um langfristig Entlastung in der angespannten Lage im Plegesektor zu schaffen. Die Gorillas-Fahrer_Innen sprachen sich ihrerseits für mehr Arbeitsschutz aus, um nicht mit schlechter Technik bei schlechtem Wetter ihr Leben riskieren zu müssen. Diese Forderungen können zwar von den Arbeitgeber_Innen erfüllt werden jedoch nur wenn diese das auch wollen, und niemand kann sie so einfach dazu zwingen, deswegen wäre es besser eine politische Verankerung, die Arbeitsschutz oder ausreichendes Personal zur Plicht macht, zu erkämpfen.
Wenn wir nun den Blick in die Gegenwart richten, wird der politische Streik immer wichtiger. Er könnte der einzige wirkungsvolle Weg sein, den Krieg Russlands gegen die Ukraine zu beenden. Er kann aber auch die Lösung sein, wie wir es schaffen, die Klimabewegung zum Sieg zu führen.

**Was ist ein politischer Streik?**

Wenn von einem Streik geredet wird, wird damit meist der Arbeitskampf der Arbeiter_Innen eines einzelnen Unternehmens gemeint. Bei dieser Aktionsform ist das Ziel, durch das Niederlegen der Arbeit bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, beispielsweise bessere Gehälter, Arbeitsschutzmaßnahmen und weitere Dinge, die zwischen Arbeiter_Innen und Bourgeoisie direkt ausgehandelt werden können. Dabei ist das Druckmittel die ausbleibenden Gewinne des Unternehmens, da nichts produziert wird, und somit auch kein Mehrwert generiert werden kann. Es

gibt aber auch, wie bereits erwähnt, den politischen Streik. Dieser zielt darauf ab, auch durch das Anhalten der
Arbeit, Forderungen gegenüber der Regierung umzusetzen bzw. diese in ihrem Handeln zu blockieren. In Deutschland
liegt das größte Beispiel dafür in dem Generalstreik, der als Folge auf den Kapp-Putsch geführt wurde. 1920 kam
es zu einem Putsch-Versuch gegen die Weimarer Republik durch reaktionäre Militärs. Dieser wurde mitunter durch die
streikende Bevölkerung beendet und abgewehrt, indem sich Arbeiter_Innen bewaffneten und zwischenzeitlich 300.000 von ihnen im Ruhrgebiet in den Streik traten. Ziel eines solchen Streiks kann es also sein, die Politik in Handlungszwang zu versetzen. Um bei den oben genannten Beispielen zu bleiben, kann so z.B. die Arbeiter_Innenklasse gemeinsam mit den Soldat_Innen einen Krieg beenden. Während die Soldat_Innen den Kampf an der Front nicht weiterführen, werden in der Heimat auch keine Güter und Waffen mehr für den Krieg produziert. Gemeinsam wird so auch enormer Druck auf die Regierung aufgebaut, die ohne die Unterstützung der Bevölkerung den Krieg so gut wie gar nicht weiterführen könnte.

**Warum tun wir das dann nicht einfach?**

In Deutschland ist der politische Streik jedoch problematisch, da er als illegal gilt. Grund dafür ist, dass dadurch ein Erzwingungsstreik verhindert werden soll. Wie der Name schon sagt, ist das Ziel der Aktionsform, durch den Streik eine
politische Forderung der Streikenden zu erzwingen. Daneben gibt es aber auch den Demonstrationsstreik. Bei diesem wird die Arbeit niedergelegt, um an Demonstrationen teilzunehmen, sie durchzuführen und so auf politische Forderungen aufmerksam zu machen. Dabei bleibt es aber bei dem Demonstrationsstreik – es wird nicht versucht, die Forderungen durch die Aktionsform umzusetzen.
Grundlage für das Verbot des Erzwingungsstreiks ist die Auslegung der parlamentarischen Demokratie. In dieser kann
der demokratische Wille nur in den verschiedenen Wahlen, von Bundestags- bis Kommunalwahlen und den wenigen anderen Möglichkeiten wie Petitionen

oder Bürgerbeteiligungen kundgetan werden. Daraus folgt auch, dass das Verbot des Streiks die „Erpressbarkeit“ des Staates vermeiden soll. Ein Streik würde dieses Selbstverständnis brechen und es ermöglichen, thematisch und zeitlich direkter auf den Staat einzuwirken. Dies ist ein absurdes Argument, wenn man sich die massive Korruption/Lobbyismus und damit die direkte Einlussnahme der Kapitalist_Innenklasse auf den Staat ansieht.
Schaut man auf einige Branchen zeigt sich auch sehr schnell, wie schwer ein Streik der Arbeiter_Innen in dieser Branchen das gesellschaftliche Leben zum Stehen bringen könnte: Die Streiks des Bahnpersonals beweisen das immer
wieder, aber auch ein Streik der Lehrer_Innen hätte drastische Folgen, man denke nur an die Aufgeschmissenheit
während der Phasen des Homeschoolings. Und dabei wurden die Kinder noch teilweise betreut, das wäre bei einem Streik vielleicht nur noch sporadisch möglich. Und das sind nur einzelne Gruppen, die streiken. Bei einem
politischen Streik vernetzen sich die Arbeiter_Innen verschiedener Bereiche ja meist für übergeordnete Ziele. So
können sie im Idealfall auch nicht gegeneinander ausgespielt werden, wie es bei jedem Bahnstreik der Fall ist.
Ein anderes Problem welches in dem Zusammenhang mit dem politischen und gewerkschaftlichen Streik zusammenhängt, ist die Untrennbarkeit beider Formen. Politische Streiks wirken sich auch immer auf die Unternehmer aus, es gehört schließlich auch zu dieser Aktionsform. Der gewerkschaftliche Streik wirkt sich ebenfalls bei langer Laufzeit auf die Politik aus, da sie in gewisser Weise immer als Vermittler zwischen Proletariat und Bourgeoisie wirken soll (natürlich nur soweit die Grundsätze der Herrschaft des Kapitals (ihre Besitzverhältnisse) nicht angegriffen werden, und mit dem Ziel den Klassenkampf zu mildern), aus den vorig erklärten Auswirkungen auf die restliche Gesellschaft.

**Politische Selbstbestimmung der Arbeiter_Innen statt Illegalisierung!**

Es ist ein weiterer Ausdruck der Arbeiter_Innenfeindlichkeit, wie mit dem Streikrecht umgegangen wird: So wenig wie möglich werden Rechte für

Arbeiter_Innen eingeräumt. Der politische Streik ist verboten und mit der deutschen Demokratie nicht vereinbar. Sollte er doch durch die Meinungsfreiheit gedeckt sein, kann es immer noch zu Problemen mit dem Arbeitgeber_Innen kommen. Gewerkschaftliche bzw. tariliche Streiks sind nur nach Ablauf der Tarifrunden möglich und können so auch von Arbeitgeber_Innen stark eingeschränkt werden.
Wir sehen an diesem Beispiel aber auch, wie wenig Einluss von uns auf die parlamentarische Demokratie genommen werden kann und wie starr sie ist. Wir müssen also weiterhin für ein politisches Streikrecht eintreten, als erste Form uns Gehör in dem derzeitigen System zu verschaffen. Wir müssen langfristig aber auch für die Ersetzung der parlamentarischen Demokratie durch die Rätedemokratie eintreten, in der jede Person, dort wo sie lebt, arbeitet und lernt organisiert ist und sich politisch einbringt. Und damit kommen wir auch wieder zu der Überschrift zurück: Diese Ziele wird uns die Bourgeoisie nicht schenken, wir müssen sie uns selber erkämpfen, eben mit dem politischen Streik!

- Gegen die Illegalisierung politischer Streiks!
- Für eine proletarische Antikriegsbewegung, in der Arbeiter_Innen, Soldat_Innen & Jugendliche gemeinsam gegen die Kriege der Bourgeoisie streiken & kämpfen!
- Für Streiks am 1. Mai gegen die aktuellen politischen Fehler, wie Aufrüstung und schlechte Klimapolitik, statt Bier-Trinken und sich selbst feiern (von Gewerkschaften, und Linker, sowie SPD)

# Solidaritätserklärung mit Solid Berlin: Sozialistische Positionen gegen bürokratische Angriffe verteidigen!

Der Berliner LINKE-Vorstand plant, die Finanzierung der Jugendorganisation Solid Berlin zu streichen. Solidaritätserklärung linker, sozialistischer und gewerkschaftlicher Gruppen und Einzelpersonen mit Solid Berlin.

Seit Längerem schon kritisiert die Linksjugend Solid Berlin, der Jugendverband der Berliner Linkspartei, den Regierungskurs der Mutterpartei. Am Sonntag, den 10. April, bekräftigte die Landesvollversammlung von Solid Berlin die Gegnerschaft zur Regierungsbeteiligung und forderte den Austritt der LINKEn aus dem Berliner Senat. Ebenso positionierte sich der Verband gegen Krieg und Aufrüstung ohne Unterordnung unter Russland oder unter die NATO, sowie für die entschädigungslose Enteignung von Deutsche Wohnen und Co. Mit diesen Positionen wirbt die Linksjugend Solid Berlin für eine sozialistische Oppositionspolitik im Gegensatz zum Regierungskurs der Parteispitze in Berlin und bundesweit.

Kritik an der Parteispitze zu üben, ist gerade das grundsätzliche Recht des Jugendverbandes und seine Existenzberechtigung. Laut Zeitungsberichten unter anderem des Tagesspiegel vom 14. April sowie des neuen deutschland vom 19. April plant die Berliner LINKE-Landesvorsitzende Katina Schubert jedoch, die Finanzierung des Jugendverbandes zu streichen, weil sie mit den inhaltlichen Beschlüssen der Landesvollversammlung von Solid Berlin nicht einverstanden ist. Mit dieser bürokratischen Methode will die Spitze der Landespartei die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Beschlüssen der Landesvollversammlung von Solid Berlin vom 10. April verhindern, die die Positionen der Linkspartei in Berlin und bundesweit kritisieren.

Insbesondere kritisiert Schubert die beschlossene Positionierung “zur Situation in Israel und Palästina”, die unter anderem ein bedingungsloses Rückkehrrecht für alle Palästinenser:innen, die Benennung Israels als Apartheidsstaat sowie die Unterstützung einer binationalen sozialistischen Ein-Staaten-Lösung auf dem Gebiet des historischen Palästinas beinhaltet. Wie der Neuköllner LINKE-Bezirksverband schreibt, bewegen sich diese Positionen “im Rahmen des Parteiprogramms der LINKEN”.

Unter dem Vorwand des Antisemitismus, befeuert von einer Hetzkampagne des Springer-Blattes DIE WELT, sollen jedoch nicht nur diese Positionen unsagbar gemacht, sondern die gesamte kritische Haltung von Solid Berlin zum Regierungskurs der Mutterpartei mundtot gemacht werden. Dabei schreckten sie auch nicht davor zurück, einen Genossen als jüdische Stimme mundtot zu machen und ihn in der Springerpresse als antisemitisch zu diffamieren . Zum Jahresanfang fielen Teile des Bundessprecher:innenrats durch Hasstiraden gegen Palästinenser:innen auf. Unter anderem bezeichnete ein Mitglied des höchsten Solidgremiums Palästina als ein “Phantasialand”. Der Vorfall bleibt bis dato von der Partei unkommentiert und offensichtlich „im Rahmen des linken Parteiprogramms“.

Wir Unterzeichner:innen erklären uns solidarisch mit Solid Berlin, auch wenn wir hinsichtlich der Positionen des Verbands unterschiedlicher Meinung sein können. Wir lehnen entschieden die bürokratische Methode der Meinungsunterdrückung gegenüber dem Jugendverband ab, die eine antidemokratische Zwangsdisziplinierung darstellen und die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Positionen der Linksjugend Solid Berlin verhindern sollen. In diesem Sinne schließen wir uns den Äußerungen von Ulas Tekin sowie von Ferat Koçak im *nd* an, die sich klar gegen diese Methode ausgesprochen haben. Wir machen uns auch den Beschluss der LINKE-Basisorganisation Wedding vom 14. April zu eigen: Solid Berlin hat als “eigenständiger Verband, der auch das Recht über einen eigenständigen Willensbildungsprozess hat”, das Recht, die Positionen der LINKEn in Berlin und bundesweit zu kritisieren und eigene Positionen zu vertreten. “Wenn Katina Schubert und andere andere im geschäftsführenden Landesvorstand andere Meinungen vertreten, dann sollte dieser Dissens über Argumente und

nicht über Repressionen geklärt werden. Wir fordern daher, dass die Autonomie der Linksjugend [’solid] Berlin vollständig erhalten bleibt und die Parteispitze Ihre Pläne zur Einschränkung der Verfügungsgewalt über die eigenen Mittel beendet.“

# Erstunterzeichner:innen

**Gruppen:**
Migrantifa Berlin
Jewish Bund
Palästina Spricht Bewegung (Koalition für palästinensische Rechte und gegen Rassismus)
Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost
Jüdisch-israelischer Dissens
„Bundestag 3 für Palästina“ BT3P
RIO / Klasse gegen Klasse
Gruppe ArtbeiterInnenmacht
Revolution
Ko-Kreis LINKE BO Wedding
LINKE Kreisverband Siegen-Wittgenstein
AKL Bünde
linksjugend [`solid] ROSA
linksjugend [`solid] Neuglienicke
linksjugend [`solid] Moabit / Tiergarten
linksjugend [`solid] Stuttgart
linksjugend [`solid] Heidelberg
linksjugend [`solid] Rems-Murr
linksjugend [`solid] Ortenau
linksjugend [`solid] Pforzheim
LAK Klassenkampf Niedersachsen/Bremen
linksjugend [`solid] Links der Weser
linksjugend [`solid] Salzgitter
linksjugend [`solid] Wolfenbüttel
linksjugend [`solid] Braunschweig
Jugendkommune Sara Dorşîn

Berlin for India
Wedding United
Berlin Migrant Strikers
India Justice project

**Einzelpersonen:**
Ferat Ali Kocak, Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin
Bettina Gutperl, Ko-Kreis BO Wedding und Bundesvorstand DIE LINKE
Ulas Tekin, Mitglied im Landesvorstand von die LINKE Berlin
Leonard Diederich, Mitglied im Bezirksvorstand die LINKE Mitte und Sprecher BO Moabit
Franziska Lindner, Mitglied im Bezirksvorstand die LINKE Mitte
Marius Weichler, Vorsitzender des LinksTreff Wedding e.V.
Thierry Kruber Ko-Kreis BO Wedding
Niklas Schrader, Ko-Kreis BO Wedding
Fabian Nehring, Ko-Kreis BO Wedding
Ava Matheis, Delegierte für den Bezirk Mitte des 8. Landesparteitags die LINKE Berlin
Sungsoo Park, Mitglied in der BO Rixdorf
Robin Bitter, Kreisvorstand LINKE Düsseldorf
Michael Sappir, Mitglied bei SDS Leipzig
Yuval Gal cohen, Aktivstin bei Jüdisch-israelischer Dissens
Shira Bitan, Aktivistin bei Jüdisch-israelischer Dissens
Yossi Bartal, Die LINKE Neukölln
Judith Bernstein, BT3P
Amir Ali, BT3P
Christoph Glanz, BT3P
Yasemin Cetinkaya, Schauspielerin
Soulmade Dam, Produzent

*Unterschreibt den Brief sehr gerne mit eurer Gruppe, Linksjugend- oder DIE LINKE Gliederung oder einfach als Einzelperson. Schreibt dafür eine kurze Mail an nord-berlin@solid-berlin.org*

# Antikriegsbewegung aufbauen – aber wie?

*Jaqueline Katherina Singh*

Seit der Invasion des russischen Imperialismus in die Ukraine hört man öfter das Wort „Zeitenwende“, denn der Krieg hat eine neue eine neue Phase der Weltpolitik eingeläutet. Millionen Menschen sind bisher zur Flucht gezwungen worden, Tausende sind der Kriegsführung zum Opfer gefallen und Unzählige werden noch folgen. Das wirft Fragen auf, die sich viele deswegen stellen: Wie kann das Morden gestoppt werden? Wie kann Frieden hergestellt werden? Diese Fragen haben sich auch die Millionen Menschen gestellt, die ihre Solidarität mit den Menschen in der Ukraine Woche für Woche auf die Straße tragen. In unserem Artikel wollen wir beleuchten, auf welcher Grundlage eine Antikriegsbewegung erfolgreich sein kann und wie wir sie aufbauen können.

**Was ist Krieg?**

Bevor wir uns jedoch konkreten Forderungen widmen, brauchen wir jedoch das Verständnis, dass Kriege ein Ergebnis von Klassengegensätzen im Kapitalismus sind und nicht nur durch machtpolitische Kalküle entstehen oder von „verrückten Diktatoren“ gemacht werden. Auf den ersten Blick wirkt Krieg wie etwas Vermeidbares. Da im Kapitalismus jedoch alle Kapitalfraktionen weltweit in Konkurrenz zueinander stehen und immer mehr Profite akkumulieren müssen, während die Ressourcen der Welt aber endlich sind, kommt es immer wieder zu der Situation, dass sich die Nationalstaaten, die hinter den jeweiligen Kapitalfraktionen stehen, darum bekriegen, wer das größere Stück vom Kuchen abbekommt.

**Was bedeutet das konkret?**

Anders ist es auch nicht im Falle der Ukraine wie wir an anderer Stelle in dieser Zeitung ausführlich beschrieben haben. Sagt man in diesem Krieg zwischen verschiedenen imperialistischen Blöcken jetzt nur „Hände weg von der Ukraine“ – wie bei dem großen Protesten Ende Februar – und sonst nichts, blendet man die strukturellen Gründe aus, die zu diesem Krieg geführt haben. Aber auch reiner Pazifismus á la „Legt doch einfach alle die Waffen nieder!“ kann nicht die Grundlage einer internationalistischen Antikriegsbewegung sein, weil auch dieser nicht die Wurzel des Problems angreift und deswegen praktisch recht wenig bringt. Historisch ist leider auch oft geschehen, dass sich die überzeugtesten Pazifist_innen in der Konfrontation der eigenen herrschenden Klasse anbiedern und im schlimmsten Fall zu Kriegsbefürworter_innen werden. Das kann man nicht nur bei ehemaligen Pazifist:innen aus der SPD und den Grünen sehen, die jetzt 100 Milliarden für die Bundeswehr durchgewunken haben, sondern auch bei den NGOs, den Gewerkschaftsführungen und den Spitzen der Linkspartei, die allesamt die Wirtschaftssanktionen akzeptieren. Das lässt uns mit der Frage zurück: Was müssen stattdessen die Grundlagen einer Antikriegsbewegung sein?
Kernforderungen sind:

### 1. Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Klassenkampf statt nationaler Einheit!

Deutschland und der Westen verteidigen nicht das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine, sondern verfolgen vielmehr das Ziel, Russland als imperialistischen Konkurrenten auszuschalten und die Ukraine dauerhaft zu ihrer Halbkolonie zu machen. Die Behauptung, dass es den herrschenden Klassen Deutschlands oder seiner NATO-Verbündeten um einen Kampf zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen Willkür und Menschenrechten ginge, ist eine Lüge. Sie soll nur die Bevölkerung auf Aufrüstung, NATO-Expansion nach Osten, Unterstützung der Sanktionen und ggf. ein direktes militärisches Eingreifen ideologisch vorbereiten und einstimmen. Deswegen ist es wichtig, dass wir hierzulande nicht zu den deutschen Interessen schweigen, sondern klar sagen:

•Nein zu jeder NATO-Intervention! Gegen alle Sanktionen, Aufrüstung,

NATO-Truppenverlagerungen und Waffenlieferungen! Gegen NATO-Ausweitung, sofortiger Austritt aus der NATO!

**2. Keinen Cent für den deutschen Imperialismus! Wir zahlen nicht für den Krieg!**

Dem neuen militärischen Kurs und der „Zeitenwende“ eines Olaf Scholz sollen wir nicht nur zustimmen, sondern auch noch dafür zahlen. Die 100 000 000 000 Euro für die Bundeswehr sind dabei nur die Spitze des Eisbergs. Es kommen steigende Preise infolge der Sanktionen, die schon jetzt beim Einkaufen deutlich zu spüren sind. Folgen können Sozialabbau, Kürzungen und Steuererhöhungen sein, um die Aufrüstung der Bundeswehr zu finanzieren.

•Keinen Cent für die imperialistische Politik, für die Bundeswehr! Nein zum 100-Milliarden-Programm der Ampel-Koalition!
•Die Kosten der Preissteigerung müssen die Herrschenden zahlen! Wir wollen weder hungern, noch frieren für ihren Krieg!
•Enteignung des Energiesektors und anderer Preistreiber_innen unter Arbeiter_innenkontrolle! Übernahme gestiegener Lebenshaltungskosten der Arbeiter_innenklasse, der Rentner_innen, von Erwerbslosen durch Besteuerung des Kapitals!
•Keine Profite mit dem Morden: Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Umwandlung in z.B. die Produktion von Beatmungsgeräten unter Arbeiter_innenkontrolle!

**3. Nein zu Putins Angriffskrieg! Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung und Antikriegsbewegung in Russland!**

Eine Antikriegsbewegung, die diesen Namen verdient, muss die Invasion in der Ukraine verurteilen, den sofortigen Abzug der Truppen und die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Ukraine fordern (genauso wie von der Ukraine jenes der Krim und des Donbass zu verlangen ist). Eine Bewegung, die glaubwürdig gegen die Politik der NATO-Mächte kämpfen will, darf zum russischen Imperialismus nicht schweigen. Gleichzeitig dürfen wir die Kräfte in Russland, die gegen den Krieg kämpfen, nicht isolieren,

sondern sollten sie unterstützen.

•Sofortiger Abzug der russischen Armee! Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung, Anerkennung ihres Rechts auf Selbstverteidigung gegen die Invasion!
•Solidarität mit der Antikriegsbewegung und der Arbeiter:innenklasse in Russland; Verbreitung der Aktionen gegen den Krieg; Freilassung aller Festgenommen!
•Aufnahme aller Geflüchteten, Bleibe- und Staatsbürger_innenrechte für alle – finanziert durch den Staat; Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt, Aufnahme in die Gewerkschaften!

**4. Politischer Massenstreik und Massendemonstrationen gegen jede direkte NATO-Intervention!**

Sollten die NATO-Länder zu einer direkten militärischen Intervention z. B. durch die Errichtung von Flugverbotszonen schreiten, muss die Arbeiter_innenklasse unmittelbar gegen diese Eskalation mobilisiert werden, um mit einem politischen Streik bis hin zum Generalstreik die gefährliche Katastrophe zu verhindern und die Kriegstreiberei zu stoppen! Wie sinnvoll solche Aktionen sind, zeigen schon jetzt Arbeiter_innen in Belarus, Italien oder Griechenland, die die Lieferung von Waffen verhindert haben, indem sie sich weigerten, diese zu liefern. Die Ablehnung jeder Klassenzusammenarbeit, jeder Unterstützung der Regierung und ihrer militärischen und wirtschaftlichen Interessen ist nicht nur unerlässlich im Kampf gegen den „eigenen“ Imperialismus, den Hauptfeind im eigenen Land. Sie schafft zugleich auch die besten Voraussetzungen für den Aufbau einer internationalen Antikriegsbewegung – insbesondere auch in Russland und in der Ukraine. Wenn sich die Lohnabhängige und wir Jugendlichen in Deutschland und anderen
westlichen Ländern gegen die eigenen Regierung stellen, untergraben wir auch den reaktionären völkisch-nationalistischen großrussischen Nationalismus.